Wir verdanken der Wissenschaft große hilfreiche Erkenntnisse; wir verdanken einem politisch korrupten Teil der Wissenschaft, der auch unter der Flagge der Wissenschaftlichkeit segelt, gravierende politische und gesellschaftliche Fehlentscheidungen. Deshalb kann man dem pauschalen Sich-auf-die-Schulter-Klopfen, das in den Erklärungen für den sogenannten „Science March Germany“ zum Ausdruck kommt, nur schwer folgen. Wir weisen zunächst auf die programmatische Erklärung dieses Wissenschaftsmarsches und auf die deutschen Unterstützer hin und stellen dann ein paar notwendige Fragen. **Albrecht Müller**.

Dieser Beitrag ist auch als Audio-Podcast verfügbar.

http://www.nachdenkseiten.de/upload/podcast/170419_Anmerkungen_zu_den_geplanten_Maerschen_fuer_Wissenschaft_NDS.mp3

Podcast: Play in new window | Download

Hier ist der Link auf die Frontseite von March for Science Germany.

Und hier der Text des Aufrufs für den Marsch:

> „Kritisches Denken und fundiertes Urteilen setzt voraus, dass es verlässliche Kriterien gibt, die es erlauben, die Wertigkeit von Informationen einzuordnen. Die gründliche Erforschung unserer Welt und die anschließende Einordnung der Erkenntnisse, die dabei gewonnen werden, ist die Aufgabe von Wissenschaft. Wenn jedoch wissenschaftlich fundierte Tatsachen geleugnet, relativiert oder lediglich „alternativen Fakten“ als gleichwertig gegenübergestellt werden, um daraus politisches Kapital zu schlagen, wird jedem konstruktiven Dialog die Basis entzogen. Da aber der konstruktive Dialog eine elementare Grundlage unserer Demokratie ist, betrifft eine solche Entwicklung nicht nur Wissenschaftler/innen, sondern unsere Gesellschaft als Ganzes.
>
> Am 22. April 2017 werden deshalb weltweit Menschen auf die Straße gehen, um dafür zu demonstrieren, dass wissenschaftliche Erkenntnisse als Grundlage des gesellschaftlichen Diskurses nicht verhandelbar sind.
>
> Alle, denen die deutliche Unterscheidung von gesichertem Wissen und persönlicher Meinung nicht gleichgültig ist, sind eingeladen, sich an dieser

> weltweiten Demonstration für den Wert von Forschung und Wissenschaft zu beteiligen – nicht nur Wissenschaftler/innen!“

Unter der Rubrik „Unterstützer“ findet sich nahezu alles, was Rang und Namen hat.

Dass so viele ohne Zusatzbemerkung und Zweifel bei so etwas unterschreiben, zeigt, wie unkritisch Teile der Wissenschaft in Deutschland sind.

Hier ist noch ein **Video zum Spenden sammeln, und zur Erläuterung des Anliegens**.

Kritische Anmerkungen zum Projekt March for Science (Marsch für die Wissenschaft) und ihrem Aufruf

1. Wissenschaftler und Öffentlichkeit lassen sich gegen einen unbedeutenden Gegner mobilisieren und aufhetzen. Im Aufruf heißt es:

   > „Die gründliche Erforschung unserer Welt und die anschließende Einordnung der Erkenntnisse, die dabei gewonnen werden, ist die Aufgabe von Wissenschaft. Wenn jedoch wissenschaftlich fundierte Tatsachen geleugnet, relativiert oder lediglich „alternativen Fakten“ als gleichwertig gegenübergestellt werden, um daraus politisches Kapital zu schlagen, wird jedem konstruktiven Dialog die Basis entzogen.“

   Es wäre gut, es würde hier Ross und Reiter genannt. Wer ist denn gemeint mit den „Vertretern alternativer Fakten“? Die Initiatoren des Marsches übertreiben das Leugnen wissenschaftlicher Erkenntnisse maßlos. Siehe das erwähnte Beispiel Klimawandel. Wer bestreitet das, wie viele Leute bestreiten das, welche bedeutenden Leute bestreiten in Deutschland den Klimawandel?

2. Die Initiatoren des Marsches für die Wissenschaft tun so, als gäbe es „alternative Fakten“ und vorherrschende Lügen vor allem außerhalb der normalen Medien und der normalen Wissenschaft.

   Das stimmt nicht: Die Lüge zum Beispiel über die gravierenden Folgen des demographischen Wandels für die Altersvorsorge ist maßgeblich von sogenannten Wissenschaftlern, von Bevölkerungswissenschaftlern, verbreitet worden. Und von den

ihnen hörigen Medien. Und diese Lügen hatten praktische, für Millionen Menschen gefährliche Folgen. Die gesetzliche Altersvorsorge wurde systematisch geschwächt, um der privaten Vorsorge ein neues Geschäftsfeld zu eröffnen – mit bitteren Folgen für alle Menschen, die auf die gesetzliche Altersvorsorge angewiesen sind. Die Wissenschaft hat hier eindeutig im Interesse der Finanzwirtschaft, der Versicherungswirtschaft und der Banken gearbeitet.

Es waren Institute gegründet worden, die sich mit dem demographischen Wandel befassten und es wurden in Kombination mit den Medien viele Serien der Agitation veranstaltet – immer mit dem Segen der Wissenschaft. Wer so zerstörerisch gewirkt hat, der sollte sein Haupt mit Scham verhüllen.

3. Die Wissenschaft war auf diesem Feld und ist es auf vielen anderen Feldern auch direkt mit privaten geschäftlichen Interessen von großen Unternehmen und ganzen Branchen verbunden. Es gab gemeinsame Institute von Professoren aus Universitäten mit der Wirtschaft, konkret zum Beispiel das MEA in Mannheim. Die Professoren Börsch-Supan und Raffelhüschen, Rürup und Sinn waren direkt mit privaten Interessen verbunden.
4. Die Wissenschaft – im konkreten Fall einige der zuvor genannten – ließ sich in Kommissionen einspannen, die die Auflösung der Sozialstaatlichkeit und die Einführung der Agenda 2010 betrieben haben. Ich erinnere an die Rürup-Kommission.
5. Auch andere Fehler und Schwächen der vorherrschenden Wissenschaft werden in diesem Aufruf nicht erwähnt bzw. implizit bestritten. Sie untertreiben die Fehler und die Schwächen der vorherrschenden Wissenschaft

   Die sogenannte Drittmittelforschung ist das Einfallstor der inneren Korruption der Wissenschaft. Kein Wort davon in diesem Aufruf. Stattdessen tut man so, als sei die Demokratie gefährdet, weil manche Menschen oder auch manche Medien wissenschaftliche Erkenntnisse bestreiten. Das ist in der Tat nicht gut und es dient der vernünftigen Entscheidungsfindung nicht, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse in der demokratischen Willensbildung keine Rolle mehr spielen. Aber das ist um vieles weniger schädlich als der übliche Missbrauch der Wissenschaft für private und geschäftliche Interessen.

6. In dem Aufruf wird so getan, als seien Erkenntnisse der Wissenschaft von Bedeutung für politische Entscheidungen. Die aktuelle deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik ist ein Musterbeispiel dafür, dass Erkenntnisse der Wissenschaft keine Rolle spielen. Relevant ist die Dominanz bestimmter angeblicher Erkenntnisse. Also: zum Beispiel die Erkenntnis, dass niedrige Löhne und niedrige Lohnnebenkosten gut seien für die

wirtschaftliche Entwicklung hat sich durchgesetzt und wurde durchgedrückt – in einer Symbiose der herrschenden neoliberalen Mehrheitsmeinung der Ökonomen mit dem Ehrgeiz von Politikern, die mit der Rolle als Exportweltmeister für sich Reklame machen wollten und wollen. Die wissenschaftliche Erkenntnis, dass der Arbeitsmarkt anders funktioniert als der Kartoffelmarkt (Heiner Flassbeck) und damit kombiniert die wissenschaftliche Erkenntnis, dass man eine Währungsunion nur halten kann, wenn die Entwicklung der Lohnstückkosten einigermaßen im gleichen Maß abläuft, spielt für die demokratische Willensbildung und die praktische Politik keine Rolle. Da kann man doch als Veranstalter eines Marsches für die Wissenschaft im Jahre 2017 nicht des Wegs kommen und so tun, als gäbe es die Krisen in Griechenland, Frankreich, Italien und in vielen anderen Ländern Europas, die in die Hinterhand geraten sind, nicht.

7. Die Mehrheitswissenschaft hat völlig verschlafen, dass es für eine Demokratie und eine Gesellschaft höchst problematisch ist, wenn man die Verteilung von Einkommen und Vermögen sich so auseinander entwickeln lässt, wie es in den letzten 30 Jahren geschehen ist. Für eine solche Wissenschaft kann man doch nicht auf die Straße gehen!
8. Es gibt Wissenschaftler, die erkannt haben, wie gefährlich die Verringerung der Artenvielfalt werden wird. Es gibt Wissenschaftler, die erkannt haben, welche verheerenden Folgen der großflächige Einsatz von Pestiziden haben wird. Aber es gab auch die anderen Wissenschaftler, die sich für die großen Chemiekonzerne und deren Interessen einspannen ließen. Und diese haben bisher immer noch gesiegt und nicht die Wissenschaftler, die angeblich den demokratischen Prozess bestimmen und deshalb einen hilfreichen Beitrag für die Demokratie leisten.

Zum Schluss zitiere ich die Mail eines Lesers der NachDenkSeiten, der uns auf den March for Science aufmerksam gemacht hat. Ich verbinde das mit einem Dankeschön und der Äußerung großen Respekts für die NachDenkSeiten Leserinnen und Leser und ihre Kreativität und Aufmerksamkeit:

Liebes NachDenkSeiten-Team,

folgendes Beispiel zeigt aus meiner Sicht, wie der Diskurs über alternative Fakten und Populismus selbst kritische Wissenschaftler in die Irre führt.

Quelle: March for Science

Ich habe der Giordano-Bruno-Stiftung hierzu folgenden Leserbrief geschrieben:

Sehr geehrter Herr Schmidt-Salomon,

als ich auf die geplante Veranstaltung des „March for Science“ hingewiesen wurde, hielt ich dies zunächst für eine gute Idee. Auch ich bin der Meinung, dass die Wissenschaft gegen ihre Feinde verteidigt werden muss. Nachdem ich allerdings den Aufruf zu dieser Veranstaltung gelesen habe, ist mir eine Teilnahme leider unmöglich.

Der Aufruf auf der Seite der Veranstalter sowie der GBS strotzt nur so von politischer Naivität und verleiht der Veranstaltung einen inhaltlichen Spin, den ich nicht bereit bin mitzutragen.

Auf der Seite der GBS und der Seite der Veranstalter ist zu lesen, die Demonstration richte sich gegen die Verwendung von „alternativen Fakten und postfaktischen Argumenten“. Diese seien zu finden von „Moskau bis Washington“. Namentlich adressiert werden „Trump, Putin und Erdogan“. Nun habe ich zwar keinerlei politische Gemeinsamkeit mit den genannten Herren, ich frage mich jedoch, weshalb sich eine speziell deutsche Demonstration gegen russische, amerikanische und türkische Politiker wendet und die Feinde des wissenschaftlich rationalen Diskurses in Deutschland ausspart.

Das problematische am Diskurs über postfaktische Politik besteht für mich darin, dass von unseren Politkern mit dem Finger auf Extrembeispiele wie Donald Trump gezeigt wird, um sich selber reinzuwaschen.

Wenn Sie ein Beispiel für postfaktische Argumente der deutschen Bundesregierung suchen, werden sie schnell fündig. So berichtete die Tagesschau am 12.04.2017 darüber, dass die Feststellung, Reiche hätten mehr Einfluss auf die Politik als Arme, auf politischen Druck der CDU aus dem Armutsbericht der Bundesregierung gestrichen wurde. So geht unsere Regierung mit wissenschaftlichen Tatsachen um!

Oder betrachten Sie sich das Video der Anne Will-Sendung von Sonntag dem 09.04.2017. Hier verbreitete unsere Verteidigungsministerin in postfaktischer Manier die Behauptung, der Militäreinsatz der USA und seine Unterstützung durch Deutschland in Syrien seien völkerrechtlich gerechtfertigt. Dies ist eine offensichtliche Lüge! Resolution 2249 des UN-Sicherheitsrates legitimiert gerade keine Bombardierung Syriens. Um keinen Zweifel an ihrem Postfaktizismus aufkommen zu lassen, legte Frau von der Leyen nach und behauptete, sie wisse

bereits, dass der letzte Giftgasangriff von der syrischen Regierung zu verantworten sei.

Gegen jedwede Vernunft und wissenschaftliche Redlichkeit erzählten uns über Jahre hinweg als „Experten“ getarnte Lobbyisten der Arbeitgeberverbände die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns führe zu Massenarbeitslosigkeit in Deutschland.

Die Union aus CDU und CSU ist seit ihrer Gründung mit einem Menschenbild auf Tour, das aus wissenschaftlicher Sicht jedweder Beschreibung spottet. Hierunter haben bis heute insbesondere Homosexuelle zu leiden.

Es ist generell ein Symptom der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsweise, dass Wissenschaft zu ökonomischen Zwecken korrumpiert wird. So haben Wissenschaftler in Vergangenheit und Gegenwart unter dem Deckmantel der Wissenschaft die Bevölkerung belogen und geschädigt! Bekannte Beispiele sind der Umgang mit den Risiken der Atomenergie, die Dramatisierung bestimmter Krankheiten durch die Pharmaindustrie zur Förderung des Medikamentenabsatzes oder die Verharmlosung des Frackings durch interessierte Kreise. Dieser Missstand wird durch den Aufruf gar nicht benannt. Auch hierin liegt ein schweres Versäumnis, da diese berechtigte Kritik keineswegs Allgemeingut ist, welche beim Publikum nicht vorausgesetzt werden kann.

Sie sehen die Liste ist lang und könnte beliebig fortgesetzt werden. Diejenigen, welche sich den alternativen Fakten der Bundesregierung entgegengestellt haben, mussten sich dafür in der Vergangenheit als „Populisten“ beschimpfen lassen. Die Forderung eines Mindestlohns sei „populistisch“. Wer gegen die Privatisierung der Altersvorsorge oder für eine Außenpolitik ohne militärische Mittel ist, sei „populistisch und nicht regierungsfähig“.

Es ist mir daher unbegreiflich, wie man als Wissenschaftler einfach unkritisch den Diskurs über Populismus aufnehmen kann. Dieser Begriff trägt in keiner Weise zur Erklärung eines politischen Phänomens bei. Er dient den Mächtigen in Politik und Medien lediglich zur Ausgrenzung missliebiger Positionen (seien sie nun wissenschaftlich begründet oder nicht).

Schließlich empfinde ich das Aufgreifen der Hysterie um „alternative Fakten“ mehr als peinlich und naiv. Mit ein bisschen politischem Gespür hätte man

darauf kommen können, dass die Debatte um „Fake News“ lediglich ein Versuch der etablierten Medien ist, ihr Monopol auf die Verbreitung von Fake News gegenüber dem Internet zu wahren.

Vor kurzem gründete die Tagesschau ihr Team der „Faktenchecker“, welches Fake News im Internet wiederlegen soll. Gibt es etwa in den klassischen Medien keine gefälschten Meldungen? Die Bild-Zeitung hat dieses Geschäftsmodell, wenn schon nicht erfunden, dann zumindest perfektioniert. Aber deren Vertreter lädt man lieber zu „Hart aber fair“ (Sendung vom 10.04.2017) ein, damit sie ihre Weisheiten dort verbreiten können. Auch die angeblichen „Qualitätsmedien“ haben in der Vergangenheit immer Lügen mit furchtbaren Folgen verbreitet. Denken Sie nur an „Saddams Waffen“ oder die „Brutkastenaffäre“.

Wenn der „March for Science“ nicht dafür genutzt wird, die Feinde der Wissenschaft und des rationalen Diskurses in Deutschland zu adressieren, wird er dazu führen, dass die Menschen glauben, in Deutschland sei im Großen und Ganzen alles in Ordnung. Er würde zu Unterstützung derer, die mit dem Finger auf Trump, Putin und Erdogan zeigen, um von ihrer eigenen Wissenschaftsfeindlichkeit abzulenken.

Diese Politik bin ich nicht bereit mitzutragen. Daher werde ich der Veranstaltung fernbleiben. Ich bedaure dies, da die Verteidigung der Wissenschaft in Deutschland eine wichtige Aufgabe wäre.

Mit freundlichen Grüßen
S.H., Jurist